

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Wimmer, Petra Tanzler,  
Genossinnen und Genossen

**betreffend „Ganztägiger Kinderbildungsplatz mit kostenlosem, gesundem Mittagessen für alle Kindergartenkinder und Schüler:innen im Pflichtschulalter“**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Budgetausschusses über den Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2023 (III-1161/2708 d.B.)

Ganztägige Bildung, gesundes Mittagessen, interdisziplinäre Versorgung und Raum für gemeinsames Lernen sind wichtig für eine gerechtere Gesellschaft. Bildung ist für jedes Kind die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und erspart dem Staat später Kosten. Das Gleiche gilt für die Ernährung. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist von zentraler Bedeutung, damit aus Kindern gesunde Erwachsene werden.

Im April 2024 wurde eine neue Studie der Gesundheit Austria über Ernährungsarmut<sup>1</sup> veröffentlicht, die dramatische Erkenntnisse brachte: Rund 13 Prozent der befragten Erwachsenen mit Kindern hatten im letzten Jahr Sorge, dass ihre Kinder nicht ausreichend zu essen haben. Sie gehören damit zu den besonders betroffenen Personengruppen.

Alle Kinder haben das Recht auf beste Bildung und ein gesundes Essen. Um die im Steigen begriffene Ernährungsarmut von Kindern nachhaltig zu bekämpfen, braucht es den massiven Ausbau der staatlich garantierten Leistungen für Kinder. Dies umfasst insbesondere den kostenfreien Anspruch auf qualitativ hochwertige Bildung mit kostenlosem Mittagessen für alle Kindergartenkinder und Schüler:innen im Pflichtschulalter.

Das gesunde, warme, kostenlose Mittagessen soll für alle Kinder in Österreich Wirklichkeit und stufenweise zu einem Frühstücks- und Jausen-Angebot ausgebaut werden. Das gemeinsame Essen in der Schule fördert soziale Teilhabe und das Miteinander und wirkt gegen materielle Ernährungsarmut, also eine nicht ausreichende oder unausgewogene Ernährung aufgrund fehlender finanzieller Mittel.

Um ein flächendeckendes Mittagessenangebot auszurollen und einen echten Neustart für die Bildung zu zünden, braucht es natürlich noch mehr Maßnahmen, wie den Ausbau der Ganztagschulen und einen Rechtsanspruch auf den kostenfreien, ganztägigen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr. Nur so kann die Chancengerechtigkeit in Österreich langfristig erhöht werden.

---

<sup>1</sup> [https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3695/1/Ern%C3%A4hrungsarmut%20in%20%C3%96sterreich\\_bf.pdf](https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3695/1/Ern%C3%A4hrungsarmut%20in%20%C3%96sterreich_bf.pdf)

Wir wollen eine Schule, die ihren Bildungsauftrag umfassend erfüllen kann und nicht abhängig von Möglichkeiten und Zeit der Eltern ist. Der Lernerfolg baut darauf auf, dass Eltern am Nachmittag mit den Kindern lernen. Wenn diese selbst nicht helfen können, dann müssen sie tief in die Tasche greifen und für private Nachhilfe bezahlen. Wir möchten, angelehnt an die Forderungen der Forschung und Wissenschaft, eine Schule bauen, in die ein Kind ohne Schultasche hineingeht und ohne Hausübung wieder herauskommt. Auch gesellschafts- und beschäftigungspolitisch stellt sie die Lösung für viele Probleme dar und birgt ein hohes volkswirtschaftliches Potenzial. Zusätzlich zur besten Unterstützung unserer Kinder kann das Angebot einer ganztägigen Kinderbildung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht nur privilegierten Eltern ermöglichen, sondern auch darüber hinaus.

Dazu kommt: Während in Wien die Eltern ein vergleichsweise gutes und vor allem auch gratis Angebot an Plätzen in elementarpädagogischen Einrichtungen und ganztägigen Schulen vorfinden, haben es Eltern in den ländlichen Regionen oft schwer, ein entsprechendes Angebot zu finden. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung könnte somit auch einen großen Beitrag zur Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen in den unterschiedlichsten österreichischen Regionen leisten und kann durch eine Standortattraktivierung struktureller Abwanderung entgegenwirken.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesländern umgehend für einen Anspruch auf ein gesundes, kostenloses Mittagessen für alle Kinder in elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen und Pflichtschulen zu sorgen. Dieser Rechtsanspruch kann nur gemeinsam mit einem raschen Ausbau der ganztägigen Schulformen, welcher mit den Schulerhaltern koordiniert wird und einer entsprechenden budgetären Bedeckung durch den Bund, umgesetzt werden.“

Bebo Brune

Nunf

ABH  
KOCKZIMMER

Sebastian  
(TANZLER)

Schätz

